

SED-„Familiengesetzbuch“ tritt in Kraft

Hitlers Ehegesetzgebung wird wieder eingeführt

Durch Veröffentlichung im Gesetzblatt hat das sowjetzonale Justizministerium am 29. November vierzehn der wichtigsten Paragraphen des kommunistischen „Familiengesetzes“ in Kraft gesetzt, ohne daß dieses seit einem Jahr im Entwurf vorliegende Gesetz von der Volkskammer verabschiedet worden ist. Eine neue „Verordnung über Eheschließung und Eheauflösung“ setzt das bisher gültige Kontrollratsgesetz Nr. 16 „Über die Ehe“ außer Kraft und stellt die wesentlichsten Voraussetzungen des 1946 durch den Kontrollrat annullierten Hitlerschen Ehegesetzes wieder her. Präambel und Paragraphen der neuen SED-Verordnung zeigen, daß die Kommunisten die Ehegesetzgebung genauso aus politischen Gründen mißbrauchen werden, wie es die Nazis mit dem 1938 von ihnen geschaffenen Gesetz aus rassistisch-politischen Gründen taten.

Das SED-Gesetz stellt fest, daß die Ehe „im sozialistischen Staat unter anderen Gesichtspunkten geführt“ werden muß als in der bürgerlichen Gesellschaft. Bereits die Gleichberechtigung von Mann und Frau setze die bis dato üblichen Regeln außer Kraft. Eine Ehe solle hauptsächlich unter den Gesichtspunkten geschlossen werden, ob sie für die Gemeinschaft wertvoll und nützlich ist.

Politische Scheidungsgründe

Der wichtigste Passus der neuen Ehegesetzgebung ist der Ehescheidung gewidmet. Danach kann eine Ehe geschieden werden, wenn das Gericht zu der Auffassung kommt, daß diese Ehe „ihren Sinn für die Eheleute, für die Kinder und für die Gesellschaft verloren hat“. Hat also die Ehe „ihren Sinn für die Gesellschaft“ verloren, kann sie geschieden werden, „gleichgültig, welche Gründe dazu geführt haben“. Das Gericht hat in diesem Fall keine Schuldfrage zu klären, sondern lediglich unter politischem Gesichtspunkt zu befinden, „ob diese Ehe es wert ist, fortgesetzt zu werden“.

Eine Unterhaltspflicht wird grundsätzlich verneint. Im sozialistischen Staat, sagt das

Gericht, sei die Arbeit eine Sache der Ehre und des fortschrittlichen Bewußtseins. Jeder sei verpflichtet, zu leisten, was in seinen Kräften steht. Daher könne der arbeitsfähigen Frau auch kein Versorgungsanspruch zubilligt werden. „Die Ehe kann für die Frau keine Versorgungsanstalt sein.“ Es sei unwürdig, sich von einem Gatten unterhalten zu lassen, wenn man sich selbst unterhalten könne. Ist der geschiedene Ehegatte arbeitsunfähig, kann der andere Teil unter gewissen Voraussetzungen für eine begrenzte Zeit zur Unterhaltspflicht herangezogen werden. Andernfalls entfällt jeder Unterhaltsanspruch, gleichgültig, welche Umstände zur Scheidung geführt haben.

Für Funktionäre gedacht

Diese Gesetzgebung ist von zwei für die SED entscheidenden Überlegungen bestimmt. Sie ermöglicht es erstens zahllosen Funktionären, sich von ihren politisch andersdenkenden Ehegefährten zu trennen und sich mit einem „fortschrittlicheren Ehepartner“ zu einer für den Staat angenehmeren Ehe zu finden. Derartige Ehescheidungen hat es in den vergangenen Jahren zu Zehntausenden ge-

geben, wobei auf Grund der bis dato bestehenden Gesetze nicht immer peinliche Urteilsfindungen vermieden werden konnten. Angefangen von Otto Grotewohl haben alle nicht in gerader Linie aus dem „klassenkämpferischen Proletariat“ kommenden heutigen Funktionäre ihre bürgerlichen Ehefrauen fortgeschickt. Es war ihnen peinlich, sich ihrer bürgerlichen Vergangenheit zu erinnern.

Heute ist es so, daß die Partei in vielen Fällen leitenden Funktionären nahelegt, sich von ihnen, das kommunistische System ablehnenden Ehefrauen scheiden zu lassen. In diesem Fall wird der Scheidung ohne Frage stattgegeben. Schuld ist der „gesellschaftlich weniger wertvolle Teil“. Unterhaltspflicht besteht nicht. Die Kinder werden dem zugesprochen, der ihnen eine „gesellschaftlich wertvollere Erziehung zuteil werden lassen“ kann.

Scheidung auch unerwünscht

Wenn das neue SED-Ehegesetz trotzdem den Anschein erweckt, als sei die Ehescheidung nun erschwert worden, so richtet sich das einzig gegen eine Erscheinung, deren SED und FDJ nicht mehr Herr zu werden vermögen: Jede zweite unter jungen FDJ- und SED-Mitgliedern geschlossene „fortschrittliche Ehe“ geht nach einwandfreier Statistik wieder in die Brüche. Erst in diesen Tagen hat die führende FDJ-Zeitung eine großangelegte Diskussion um „Probleme junger Ehen“ hinter sich gebracht. Man wird also gegen und für die Ehescheidung zu kämpfen haben. Unter welchen Gesichtspunkten solch ein Kampf geführt werden muß, ergibt sich aus dem neuen Gesetz.

Der unfreundliche Akt

DT. Der Bundeskanzler hat vor einiger Zeit erklärt, daß die Bundesrepublik die Anerkennung der sog. DDR durch Länder, mit denen Bonn diplomatische Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt betrachten müsse. Von einem Regierungssprecher wurde diese Feststellung mit der Mitteilung verdeutlicht, daß die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen zu jedem Staat abbrechen werde, der die Sowjetzonen-Regierung durch die Errichtung gegenseitiger diplomatischer Vertretungen anerkenne. Es wurde hinzugefügt, daß die Bundesrepublik nicht gewillt sei, diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten einschließlich der Chinesischen Volksrepublik aufzunehmen.

Zur Erläuterung dieses Standpunktes ist nicht viel zu sagen, denn er ist eigentlich selbstverständlich. Für die Bundesrepublik ist er ein Akt der Notwehr und des gesamtdeutschen Selbstschutzes. Wer nämlich die sog. DDR anerkennt, der erkennt auch die Spaltung Deutschlands an und trägt dazu bei, sie zu festigen. Von den Ländern der freien Welt, mit denen die Bundesrepublik freundschaftliche Beziehungen pflegt, erwarten wir deshalb, daß sie aus Verständnis für diesen Standpunkt den Interessen einer deutschen Lebensfrage nicht entgegenhandeln. Wir erwarten das von ihnen als einen Akt der Solidarität — nicht eigentlich der Solidarität mit der Bundesrepublik, sondern mit allen freien Kräften der internationalen Politik, die in der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands ein Unrecht und eine ständige Belastung des Friedens sehen.

Auf den gleichen Erwägungen dürfte auch der Entschluß der Bundesregierung beruhen, zu den Staaten des Ostblocks einschließlich der Chinesischen Volksrepublik keine diplomatischen Beziehungen aufzunehmen. Das sind nämlich die Länder, die bereits seit Jahren mit der sowjetdeutschen Repu-

blik diplomatische Beziehungen unterhalten. Die von ihnen vorgenommene Anerkennung der sog. DDR verfolgt in erster Linie den Zweck, die Spaltung Deutschlands in diesem kommunistischen Nebenstaat sichtbar und dauerhaft zu machen. Die Bundesrepublik selbst würde diese deutschen Interessen widersprechende Haltung bestätigen, wenn sie Botschafter in die Länder des Ostblocks entsenden würde. Es werden also nicht diplomatische Beziehungen zu diesen Ländern an sich abgelehnt — das wäre zweifellos eine falsche Deutung der Bonner Erklärung —, sondern abgelehnt wird lediglich die Vertretung Deutschlands durch zwei Botschafter.

Die einzige Ausnahme von dieser Regel bildet die Sowjetunion, mit der die Bundesrepublik in Kürze die diplomatischen Beziehungen aufnehmen wird. Diese Ausnahme ist in der Tatsache begründet, daß die Sowjetunion eine der vier Mächte ist, von deren gemeinsamem Handeln die Wiedervereinigung Deutschlands in erster Linie abhängt. Nur in Moskau also wird es zwei Botschafter Deutschlands geben. Das heißt, genauer betrachtet, nur einen — und dazu einen roten Schatten aus Pankow.

Hier wird Maß genommen

Wenn eine Zeitung, die sich demokratisch und christlich nennt, in den Dienst des Kommunismus geht, dann geschehen

in ihr seltsame Dinge. In der „Neuen Zeit“ hatte Otto Nuschke soeben treuherzig versichert, daß die Behauptung, Moskau und Pankow wollten die Bolschewisierung Westdeutschlands, eine „plumpe und törichte Unwahrheit“ sei. In der nächsten Ausgabe nun empfiehlt das Blatt den Saarländern, in den bevorstehenden Landtagswahlen ohne Ausnahme kommunistisch zu wählen und also sich selbst zu bolschewisieren.

Die an der Saar herrschenden Parteien insgesamt, so ist dort zu lesen, möchten in den Landtagswahlen — „ähnlich den Plänen für gesamtdeutsche ‚freie‘ Wahlen“ — die Saarländer überfahren und in das westliche Militärpaktssystem mit einbeziehen. Und nun folgt die kommunistische Verkündung des christlichen Blattes: „Dazu darf sich das Saarvolk nicht hergeben, und wir betonen ausdrücklich, daß diese Parteien auch der Stimmen der christlichen Bevölkerung nicht würdig sind, selbst wenn sie ihre politischen Ziele noch so christlich tarnen. Die Wahllosungen der Kommunistischen Partei dagegen zeigen der ganzen Saarbevölkerung den Weg für eine freiheitliche Entwicklung.“

Hier kann jeder einmal genau Maß nehmen und feststellen, wie tief man als Christ und Demokrat sinken kann, wenn man sich dem Kommunismus verschreibt.

Osterreich ahndet Menschenraub

Wien (AP). Die österreichische Polizei gab bekannt, daß gegen zwei Österreicher Verfahren wegen Menschenraubs oder Beihilfe zum Menschenraub eröffnet worden seien.

Der eine der Beschuldigten sei bereits verhaftet worden. Er stehe im Verdacht, einen Österreicher ermordet und zwei andere im Jahre 1945 entführt zu haben. Einer der Entführten sei in der sowjetischen Gefangenschaft gestorben, der andere 1953 aus der Sowjetunion zurückgekehrt.

In Linz begann die Polizei mit der Untersuchung gegen einen 40jährigen Zeitungshändler, den zwei kürzlich aus sowjetischer Gefangenschaft zu-

rückgekehrte Österreicher als den Mann bezeichneten, der im Dezember 1947 zu den sowjetischen Soldaten auf der Donaubrücke hinübersignalisiert habe, als sie seinen Zeitungsstand passierten. Unmittelbar darauf seien sie von den Sowjets festgenommen worden.

Wegen Spionage verhaftet

Berlin (AP/DPA). Die französischen Behörden haben bekanntgegeben, daß der zweite Sekretär der polnischen Militärmission in Westberlin, Kallinski, vor drei Tagen im französischen Sektor wegen Spionage verhaftet und nach Abschluß der Untersuchung wieder freigelassen worden ist.

Dulles: Neue Phase des Kampfes

Chikago (DPA). „Wir stehen in einer neuen Phase des Kampfes zwischen internationalem Kommunismus und Freiheit“, erklärte US-Außenminister Dulles in Chikago. Er sagte, seit dem Frühling scheine die Phase der Gewalt und der Gewaltanwendung durch die Kommunisten zu Ende gegangen zu sein. „Aber wir müssen von der Annahme ausgehen, daß die gegenwärtige sowjetische Politik keine Veränderung der Ziele, sondern nur eine Veränderung der Taktik bedeutet.“

Der amerikanische Außenminister erklärte weiter, nach der Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung durch die Sowjetunion müsse der Westen weiterhin den Druck der Weltmeinung geltend machen, „damit die gegenwärtige Ungerechtigkeit beseitigt wird, die 17 Millionen Deutsche von dem größten Teil ihrer Landsleute trennt“.

Wenn die europäischen Völker ihr Streben nach der Einigung des Kontinents fortsetzen, würde dies die Sowjetunion zu der Einsicht bringen, daß sie die osteuropäischen Staaten nicht ewig unterjochen könne. Der Westen sei stark genug, jeder Form der Aggression entgegenzutreten.

Atomforschung wird beschleunigt

Aber Kraftwerke nicht vor 1970

Bonn (Eigenmeldung). Der Atomforschung für friedliche Zwecke wird in der Bundesrepublik immer größere Bedeutung beigemessen. Im kommenden Jahr will die Bundesregierung für diesen Zweck 2,1 Mill. D-Mark zur Verfügung stellen. Bei dieser Summe handelt es sich um die erste Rate eines 6-Millionen-Programms zur Deckung der Kosten, die durch die Planung des ersten deutschen Atomreaktors in Karlsruhe entstehen.

Nach Schätzungen des Atomministeriums werden frühestens 1970 die ersten Atomkraftwerke im Bundesgebiet zur Entlastung

Bonn warnt vor Anerkennung

Keine diplomatischen Beziehungen zu Moskaus Satelliten

Bonn (Eigenbericht/AP). Die Bundesrepublik wird mit keinem Staat diplomatische Beziehungen unterhalten, der die sogenannte Deutsche Demokratische Republik anerkennt. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, der dies offiziell erklärte, fügte hinzu, dieser Grundsatz gelte auch für alle Satellitenstaaten der Sowjetunion. Der Sprecher nahm damit zu einem Angebot der polnischen Regierung Stellung, diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik gegen die Freilassung der noch in Polen inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen einzutauschen.

Bei diesem Versuch, den polnische Regierungsvertreter anlässlich des Besuches des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz, in Warschau unternahmen, handle es sich um einen „eindeutigen Fall von Erpressung und Menschenhandel“, auf den sich die Bundesregierung unter keinen Umständen einlassen werde.

Der Sprecher betonte, der Entschluß, die diplomatischen Beziehungen zu jedem Staat abzubrechen, der solche mit der Sowjetzone unterhalte, betreffe natürlich nicht die Sowjetunion, die eine der vier Besatzungsmächte und zur Wiederherstellung der deutschen Einheit verpflichtet sei. Aber sonst gelte dieser Grundsatz „allgemein“ und schließe beispielsweise auch Österreich mit ein.

In der Erklärung des Sprechers sieht man in Bonn zugleich eine neue Warnung an die Adresse einzelner Staaten,

die offenbar gegenwärtig die Anbahnung diplomatischer Beziehungen zu Pankow erwägen. Diese Frage spielt auch bei der Botschafterkonferenz eine wichtige Rolle, die unter Leitung Außenminister Dr. von Brentanos mit den diplomatischen Vertretern der Bundesrepublik in den europäischen und außer-europäischen Staaten stattfand.

Der deutsche Botschafter in Ägypten ist vor seiner Abreise nach Bonn bei der Regierung in Kairo vorstellig geworden, um die beabsichtigte Errichtung einer ägyptischen Handelsvertretung mit konsularischen Vollmachten in Ostberlin zu verhindern. Die Bundesregierung würde in diesem Fall voraussichtlich ihren Botschafter aus Kairo abberufen.

Neutralität anerkannt

Bonn (DPA). Das Auswärtige Amt hat dem österreichischen Missionschef, Botschafter Roter, eine Verbalnote übergeben, in der die Bundesregierung die immerwährende Neutralität Österreichs anerkennt. Eine gleichlautende Mitteilung wurde dem österreichischen Bundeskanzleramt durch die Bonner Vertretung in Wien übermittelt.

Bau- und Betriebsgesellschaft“ errichtet werden, an der sich der Bund, die Länder und die Industrie beteiligen. Im Bundeshaushalt 1956 ist für diesen Zweck ein einmaliger Betrag von fünf Millionen DM vorgesehen, der aber nur als erster Beitrag des Bundes gelten soll. Im übrigen mißt die Bundesregierung den Atomfragen neuerdings solche Bedeutung bei, daß das Atom-Ministerium zu einem regelrechten Fachministerium ausgebaut werden soll.

der anderen Energiequellen arbeiten können.

Der Aufbau des ersten Atomreaktors in Karlsruhe wird etwa 40 Mill. DM kosten. Hier von werden der Bund und die Industrie je drei Achtel und das Land Baden-Württemberg ein Viertel aufbringen. Der Bau des Reaktors wird etwa zweieinhalb bis drei Jahre in Anspruch nehmen. Da dieser Reaktor aber nur der Forschung und der Ausbildung von Fachpersonal und Wissenschaftlern dienen soll, ist für längere Zeit noch nicht an die Fertigstellung eines Leistungsreaktors zu denken.

Für die innerdeutsche Atomplanung soll eine „Reaktor-

Otto John wieder im Westen

Aus Ostberlin überraschend „abgesetzt“

Bonn (Eigenbericht/AP/DPA). Über die sensationelle Rückkehr des früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Otto John, der sich am 20. Juli 1954 in die Sowjetzone „abgesetzt“ hatte, hat Bundesinnenminister Dr. Schröder das Bundeskabinett unterrichtet. Wie in Bonn verlautete, soll John bei den Vernehmungen erklärt haben, daß er am Abend des 20. Juli 1954 in den Ostsektor entführt worden sei. Er soll weiter behauptet haben, daß sein Freund Dr. Wohlgenuth ihm Drogen verabreicht und ihn damit eingeschläfert habe. Er sei später in Ostberlin aufgewacht. Von diesem Zeitpunkt an habe er dann unter ständiger Kontrolle der sowjetzonalen Sicherheitsorgane gestanden.

Aus Bonn verlautet weiter, John habe die Rückkehr in die Bundesrepublik seit längerer Zeit betrieben. Am Montag sei er mit seinen beiden Sicherheitsdienst-Begleitern in die Ostberliner Humboldt-Universität Unter den Linden gefahren. Dort habe er sich unter die Studenten gemischt, und es sei ihm dabei gelungen, seine „Beschatter“ abzuschütteln. Durch einen Nebenausgang soll er das Universitätsgebäude im Kraftwagen in Richtung Westberlin verlassen haben.

Von Westberlin wurde John am Nachmittag des gleichen Tages in das Bundesgebiet ausgeflogen. In Bonn hielt er sich am Dienstag im Gebäude der „Sicherungsgruppe“ auf. Politische Kreise in Bonn wiesen darauf hin, daß seit seinem damaligen Verschwinden ein Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen John laufe, dessen Ergebnis zunächst abzuwarten sei.

Die Nachricht von der Rückkehr Johns in die Bundesrepublik platzte in Bonn mitten in die Koalitionsitzung im Palais Schaumburg hinein. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wurde, brachte ein Bote dem Bundeskanzler die Nachricht in die Sitzung.

Nur technische Gespräche

Kontakt nachgeordneter Behörden wegen Permits

Berlin (AP/DPA). Das Bundesverkehrsministerium hat erklärt, daß der Kontakt zwischen nachgeordneten westdeutschen und sowjetzonalen Behörden wegen der Ausstellung von 60 neuen Permits für den Interzonen-Schiffsverkehr „nicht über den bisher üblichen Rahmen routinemäßiger technischer Besprechungen hinausgeht“.

Über die Fragen, die mit dem Schreiben des Pankower Verkehrsministers Kramer verbun-

Attlee zurückgetreten

London (AP/DPA). Nach 20-jähriger Tätigkeit an der Spitze der britischen Labour-Partei hat der 72jährige Clement Attlee alle Parteiämter niedergelegt. Unmittelbar nach der offiziellen Bekanntgabe des Rücktrittes adelte Königin Elizabeth den ehemaligen Ministerpräsidenten und erhob ihn zum Earl.

Bis zur Neuwahl der Labour-Vorsitzenden wird Herbert Morrison die Unterhaus-Fraktion führen. Als möglicher Nachfolger Attlees gelten außer Morrison der frühere Schatzkanzler Gaitskell und der Führer der Linksradikalen, Bevan. Gaitskell hat die größten Chancen.

Durch seine Ernennung in den Adelsstand scheidet Attlee aus dem Unterhaus aus und tritt in das Oberhaus über.

den sind, werde in Bonn beraten. Entscheidungen hierüber würden in engem Einvernehmen mit den Berliner Stellen getroffen.

Alle bisher von den Alliierten ausgestellten Fahrerlaubnis-scheine im Interzonenverkehr bleiben weiterhin gültig. Dies wurde in einer Besprechung vereinbart, die eine Abordnung der westdeutschen Kanal- und Elbschiffahrt mit sowjetzonalen Stellen in Berlin führte. Nach Mitteilung des Schiffsverkehrsverbandes für die westdeutschen Kanalgebiete können demnach alle Schiffe, die bisher im Interzonenverkehr eingesetzt waren, auch in Zukunft mit ihren alten Erlaubnisscheinen die Zonengrenze passieren.

Fünftagewoche verlangt

Straßburg (DPA). Das Montanparlament in Straßburg hat eine Entschließung angenommen, in der die Einführung der Fünftagewoche für die Grundstoffindustrie der sechs Länder der Montanunion verlangt wird.

Das Montanparlament beauftragte in der Resolution die Hohe Behörde der Montanunion, unverzüglich die Möglichkeiten zu untersuchen, wann und wie die Arbeitszeitverkürzung eingeführt werden kann.

Tabakgeschenke für Greuelletaten

Im Zonen-KZ Sachsenhausen starben täglich 30 Häftlinge

Hildesheim (AP). In dem Prozeß gegen einen ehemaligen In-sassen der sowjetzonalen Konzentrationslager Sachsenhausen und Torgau vor dem Schwurgericht in Hildesheim sind jetzt Einzelheiten über die KZ-Verhältnisse bekanntgeworden. Der Angeklagte, der 53jährige Bergmann Otto Buchmann, wird beschuldigt, zwischen 1947 und 1951 als Lagerinsasse und später als Barackenältester Mithäftlinge mißhandelt zu haben.

Zeugen, die den Angeklagten teilweise belasteten und auch entlasteten, sagten übereinstimmend aus, daß das KZ

Sachsenhausen von 1947 bis 1950 durchschnittlich mit 12 000 bis 15 000 Häftlingen belegt gewesen sei. Täglich seien 15 bis 30 In-sassen an Mißhandlungen oder Entkräftung gestorben. Im Lager habe eine sogenannte „Hundehütte“ bestanden, in der sich die Häftlinge nur kriechend bewegen konnten. Mehrere Barackenälteste hätten Gefangene in dieser Hütte den sowjetischen Wachtposten als „dressierte Tiere“ vorgeführt. Unter Schlägen hätten dabei die Gefangenen bellen müssen. Die Sowjets hätten jede Darbietung mit Tabakgeschenken an die Barackenältesten belohnt.

So sind sie wirklich!

„Die letzte Bombe lege ich!“

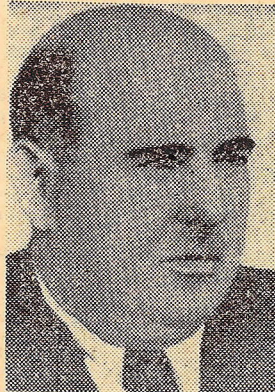
Im Herbst des Jahres 1917 versanken aus unerklärlichen Gründen einige Schleppkähne mit Zement in einem belgischen Kanal. Mehr als 20 Munitionskähne, die ihnen folgten, konnten nicht mehr an die Front. Ein deutsches Armee-korps, das anschließend an die russische Grenze sollte, wurde in Nordfrankreich völlig aufgerieben. Im Kreise Lenins sprach man das erstmalig dankbar von dem „kleinen deutschen Matrosen Wollweber“. Es war der Beginn einer Karriere, die über Zehntausende von Seemannsgräbern am 25. November 1955 einen kleinen, glatzköpfigen Mann in den Ministersessel trug.

Wollweber ging als Sohn eines schlesischen Bergmanns mit 15 Jahren nach Hamburg und wurde Hafenarbeiter bei „Blohm & Voß“. Im Auftrage einer Liebschafts-Gruppe organisierte er Sabotageakte in Belgien und erwarb sich bei der Kieler Matrosenmeuterei Verdienste. Als Heizer des Kreuzers „Helgoland“ hißte er die erste rote Fahne auf einem deutschen Kriegsschiff.

Nach dem Krieg wurde Wollweber Sekretär der Internationale der Seeleute und zugleich kommunistisches Fraktionsmitglied im Preußischen Landtag. Seit jenem Tag führt er ein Doppelleben. Der Seemannssekretär ist zugleich Leiter eines über die ganze Welt verzweigten Moskauer Terrorapparates, dem jährlich Dutzende von Schiffen auf allen Meeren zum Opfer fallen. Durch die Internationale der Seeleute schickt er seine Agenten und Bombenleger auf jedes von Moskau gewünschte Schiff. Viele Matrosen, die sich bei ihm gewerkschaftlichen Rat holen, werden durch seine Bomben in die Luft gejagt. Das Register ist ungeheuerlich: Für einen Bruchteil seiner Schiffsattentate hätte Wollweber vor jedem Gericht der Welt sein Leben verwirkt. Nur ein paar Namen:

Italienischer Dampfer
„Felce“ im Golf von Tarent
versenkt;

ERNST WOLLWEBER



Japans „Tajima Maru“ vor Bremen durch drei Bomben zerstört;

Spaniens „Ciergo“ und „Abrego“ 1938 in Fredricks-havn gesprengt;

„Batory“, heute polnisches Repräsentationsschiff, 1938 in Kopenhagen mit Benzin angezündet;

„Phila“, „Norderney“ und HAPAG-Dampfer „Vancouver“ durch Sprengladungen schwer beschädigt;

„Klaus Boege“ — mit ihr gingen zwei von Wollwebers „besten Kameraden“ unter. Sie wußten nichts von der Bombe, die sie selbst als „Kuriergepäck“ bei sich trugen...

Hitlers Verbündeter

1931 gehörte Wollweber einer Fraktion der KPD an, die durch zeitweiliges Zusammengehen mit Hitler den Untergang der Weimarer Republik beschleunigen sollte. Als Hitler vorzeitig zur Macht kommt, geht Wollweber in die Illegalität. Seiner leichtfertigen Sabotagearbeit fallen Dutzende von „Illegalen“ zum Opfer. Dreimal entgeht er haarscharf der Gestapo, seine Genossen werden gefangen und gehenkt. Die in Moskau lebenden deutschen Kommunisten bezeichnen ihn als Gestapo-Agenten. Die So-

wjets, für die er seit 1919 in direktem Auftrag arbeitet, verbieten diese Gerüchte. Geklärt wurden die Vorfälle aus den Jahren 1933 bis 1937 nie. Viele Fäden liefen damals zwischen Kreml und Bendlerstraße.

1937 heiratet Wollweber in Norwegen. Aber er verläßt seine Frau, als ihm die Polizei auf den Fersen ist. Heute hat er sie längst vergessen. Seine „Lebensgefährtin“ ist Maria Weiß aus der Dornbrunner Straße 24 in Ostberlin, Baumschulenweg, die von sich behauptet, „Ulbricht in die Tasche zu stecken“. 1938 verschwindet er im östlichen Rußland.

Sowjetbürger und Offizier

Wenige wissen, daß Wollweber als Mitglied des Evidenzbüros der 4. sowjetischen Armee noch heute hoher Sowjetoffizier ist und die sowjetische Staatsbürgerschaft besitzt. Er ist sogar wahlberechtigt im Moskauer Bezirk...

Sein Auftauchen in der von den Sowjets besetzten deutschen Zone ist lautlos als das der übrigen SED-Funktionäre. Als „Generaldirektor der Schifffahrt“ baut er in Mecklenburg vier internationale „Seefahrtsschulen“ für Bombenlegernachwuchs auf. Als Zaisser stürzt, hat er längst viele Agentenfäden für die Sowjets in der Hand.

Mit der Ernennung zum Minister hat er sein Ziel erreicht. Die Sowjets, das weiß er, schätzen ihn. Ulbricht fürchtet er wenig. Das 4. Evidenzbüro ist stärker als das Zentralkomitee. Seine Methoden, mit denen er den SSD regiert, sind hart und brutal. „Lieber zehn Unschuldige fassen als einen Veräter übersehen“, ist eine seiner Devisen. Nach diesem Grundsatz sucht er „Agenten und Saboteure“. Das Bombenlegen ist nicht mehr sein Amt. Er steuert auf den Bürgerkrieg. „Die Wiedervereinigung wird nicht mit dem Füllfederhalter gemacht!“, pflegt er seinen Untergebenen zu erklären.

Und — etwas unklarer: „Die letzte Bombe lege ich!“ Gegen wen, pflegt er nicht näher zu erläutern.

Ulbricht träumt von „Agrostädten“

Probleme der LPGs — Mechanisierung bleibt zurück

Über das Wochenende tagte in Leipzig die IV. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten Ländlicher Produktionsgenossenschaften (LPG). Sinn der Veranstaltung war, die neuen Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1956 für die Landwirtschaft zu präjudizieren. Das Hauptthema galt der Stärkung der LPG und kaschierten Zwangsmaßnahmen gegen den noch selbständigen Sektor der sowjetzonalen Landwirtschaft. Der Kolchos als Zukunftslösung wurde zum Kernstück auch des neuen Fünfjahresplanes erklärt.

Interessanter als diese nun nicht mehr unbekanntenen Perspektiven waren die Diskussionsbeiträge der fast ausschließlich der SED angehörenden Delegierten. Sie bewiesen nämlich, daß es der SED auch in den nächsten Jahren noch nicht möglich sein wird, auf die freie Landwirtschaft zu verzichten.

Mißverhältnis LPG-MTS

So hat die Zahl der LPG auf Grund der vielfachen Druckmaßnahmen eine sprunghafte Entwicklung genommen, ohne daß ihr die Ausrüstung der Maschinen-Traktor-Stationen (MTS) und das ländliche Bauprogramm zu folgen vermochten. Während die SED im Jahr des größten politischen Druckes; 1952/53, die Zahl der LPG von 1906 auf 4691 zu steigern vermochte, konnten im gleichen Zeitraum nur 18 zu

den bereits bestehenden MTS errichtet werden. 1954 betrug die Zahl der LPG 5120 und gegenwärtig sollen es 6000 sein. Die Zahl der MTS aber hat sich seit 1953 um keine einzige erhöht! Sie beträgt nach wie vor 605...

Ähnlich ist es mit dem ländlichen Bauprogramm. Die Errichtung einer LPG bedingt zahlreiche Umbauten und Neuerrichtung landwirtschaftlicher Gebäude. Bereits 1953 mußte das ländliche Bauprogramm gebremst werden, 1954 gingen alle Mittel in den Aufbau der Grundstoffindustrie und in diesem Jahr konnten bei den meisten LPG und MTS nicht einmal die dringendsten Reparaturarbeiten ausgeführt werden. Der Winter ist hereinbrochen und Hunderte neuerbauter Häuser sind noch ohne Dach. In anderen hat es für die Dielen nicht gereicht und das

Wasser steht einen halben Meter hoch in den unbenutzten und unterspülten Häusern.

Und 1956? Der neue Plan betont zwar als Schwerpunkt die Landwirtschaft, fordert aber gleichzeitig den über die Kräfte der SED hinausgehenden Ausbau der Schwer- und Grundstoffindustrie. In allen Ministerien weiß man, daß für die Landwirtschaft wieder nichts übrigbleiben kann. Wenn nun die SED — wie sie es beabsichtigt — 1956 mehr als 1000 neue LPG gründen will, was soll dann aus diesen und den bereits bestehenden Kolchosen werden? Von überall kommen Alarmrufe: „Unsere Schweine ersticken im Schlamm!“, „Bei uns stehen die Ställe unter Wasser, weil wir keine Dachziegel bekommen!“, „Unsere Traktoren liegen seit Februar fest, weil es keine Ersatzteile gibt!“ usw. Rund 30 Prozent der in den MTS vorhandenen Maschinen und Traktoren liegen wegen geringfügiger Schäden seit Monaten brach. Eine MTS hat mitunter 20 (!) LPG zu versorgen. Nur Ulbricht träumt von „Agrostädten“ nach sibirischem Vorbild, sucht die Taiga mit seiner sächsischen Heimat zu identifizieren. Wenn heute ein Bauer wissen will, warum der Eintritt in die LPG seinen wirtschaftlichen Untergang bedeutet, dann beschaffe er sich möglichst ausführlich die Diskussionsbeiträge von dieser Leipziger LPG-Konferenz. Sie künden von polit-ideologischen Phantastereien und einer unerbittlichen wirtschaftlichen Realität, die sich nicht in SED-Pläne einfügen läßt...

Neue Tiefschläge Chruschtschows

„Kaschmir gehört zu Indien“

Srinagar/Kaschmir (AP/DPA). Bei einem Empfang, den Kaschmirs Staatsoberhaupt Pring Singh für Bulganin und Chruschtschow gab, erklärten die sowjetischen Gäste rund heraus, Kaschmir gehöre zu Indien.

Kaschmir ist zwischen Indien und Pakistan umstritten und gegenwärtig zwischen den beiden Ländern geteilt. Die Streitfrage ist beim UN-Sicherheitsrat anhängig.

Chruschtschow richtete ferner scharfe Angriffe gegen Pakistan als „einen der Anstifter des gegen den Frieden und die Sowjetunion gerichteten Bagdadpaktes“. Pakistan habe zugelassen, daß auf seinem Gebiet „unmittelbar an der Grenze Rußlands“ US-Stützpunkte gebaut wurden. „Die herrschenden Kreise Pakistans beunruhigen uns“, sagte Chruschtschow.

Pakistan hat aus diesen Angriffen bereits Konsequenzen gezogen und die sowjetischen Politiker über die sowjetische Botschaft in Karatschi ersucht, sich bei ihrer Indien- und Burma-Reise von Kaschmir und Afghanistan fernzuhalten. Chruschtschow erklärte verärgert: „Ich möchte wissen, wie Pakistan dazu kommt, uns vorzuschreiben, wo wir hingehen und mit wem wir uns befreundeten sollen.“

Zum erstmalig wurde auch im indischen Zentralparlament Kritik an den Propagandareden Chruschtschows und Bulganins laut. Ein Abgeordneter nannte es „ungehörig“, daß die sowjetischen Gäste ihren offiziellen Aufenthalt in Indien zu Angriffen gegen die westlichen Demokratien benutzten.

Kirchenkampf in Betrieben

Berlin (Eigenmeldung). In zahlreichen Ostberliner Großbetrieben findet nach Mitteilung des Untersuchungsausschusses freirechtlicher Juristen eine intensive Kampagne statt, die sich gegen die Kirchen richtet.

Über den Betriebsfunk und durch kommunistische Funktionäre werden die Betriebsangehörigen aufgefordert, ihren Austritt aus der Kirche zu erklären. Es werden Hinweise zu den Formalitäten gegeben, die hierfür erforderlich sind, und Austrittserklärungen entgegengenommen.

In die City mit Hubschrauber

Zukunfts-Diskussion ohne Utopie

Berlin (Eigenbericht). Auf dem Gebiet der Luftfahrt hat der Hubschrauber eine neue Ära eingeleitet. Seitdem diese Flugmaschinen während der holländischen Überschwemmungskatastrophe sensationelle Rettungsdienste geleistet und während des Korea-Feldzuges mehr als 10 000 Verwundete geborgen haben, scheinen auch die größten Skeptiker überzeugt zu sein. Inzwischen ist der Hubschrauber im Ausland in Industrie, Handel und Landwirtschaft schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Ja, seit zwei Jahren gibt es sogar einen Hubschrauber-Liniendienst.

Wird der Hubschrauber also demnächst bei der Überwindung naher und mittlerer Entfernungen den bisherigen Starrflügler ablösen? Dieses Problem diskutierten Experten in

der Berliner Technischen Universität.

Sergei Sikorsky, Sohn des auf diesem Gebiet bahnbrechenden Erfinders Igor Sikorsky, ist fest davon überzeugt, daß der Hubschrauber „im Kommen“ ist. Schon heute gebe es einen Hubschrauber, der zwölf Passagiere mit einer Reisegeschwindigkeit von 150 km in der Stunde befördert.

Auch der zweite Sprecher des Abends, der Architekt Günther Kühne, sagte, die Schwierigkeit bestehe darin, z. B. selbst in einer Stadt wie Berlin, genügend Hubschrauberplätze zu finden. Denn eine Fläche von 80x80 m, wie sie für einen Hubschrauberlandeplatz vorgeschrieben ist, gibt es nicht allzuoft. Doch dieses Problem werde man vielleicht mit Dachlandeplätzen lösen können. Denn

nach der Wiedervereinigung werde ein Hubschrauberverkehr z. B. von Berlin nach Dresden und Halle unumgänglich sein.

SSD, herhören!

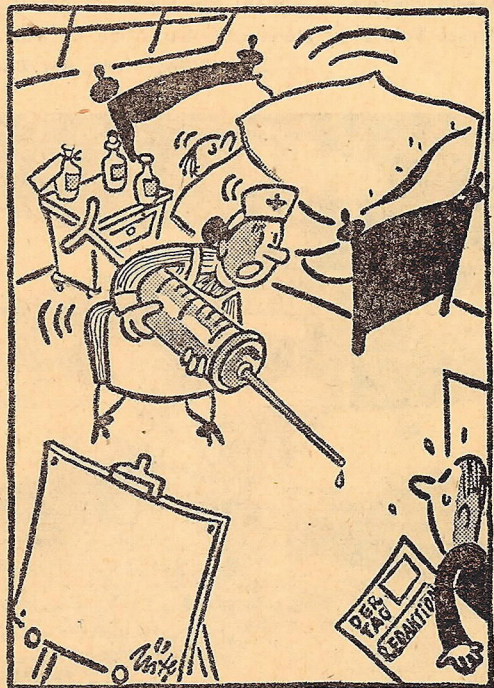
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Souveränität

Wenn man jemanden auffordert, eine Wendeltreppe zu beschreiben, und er tut es impulsiv, dann beginnt er mit Korkenleherbewegungen des Zeigefingers. Einfacher als viele Worte, wahrscheinlich auch klarer. Ganz anders die Frage: Was ist Souveränität? — Eine hochpolitische Frage — heute, immer. Eine Existenzfrage auf lange Sicht. Und so soll hier nicht etwa versucht werden, sie mit einer Handbewegung à la Wendeltreppe zu erfassen. Aber eine andere, eine ähnliche Möglichkeit bietet sich an. Sie kann mindestens zeigen, was auch Souveränität ist. Alle Einwendungen zugestanden, die sich der deutsche Bundesbürger an den Krepptsohlen der Nachkriegszeit abgelaufen hat: Es ist auch ein Zeichen der Souveränität, was vom Flugplatz Fürstfeldbruck gemeldet wurde. Daß nämlich die deutsche Zollfahndung 95 Kisten unverzollten Whiskys konfisziert hat. Und zwar mit deutscher Gründlichkeit bei 20 amerikanischen Luftwaffenoffizieren, die sich dann ob ihrer Gesetzesunkenntnis entschuldigten.

Wer wollte sich also, nachdem wir dies bekanntgegeben haben, wundern, wenn morgen die Vopo souverän die Karlshorster Wodkakeller ausräumt?



„Psst! Tüte ist krank!“



BILDER DER WOCHE. Oben: 57 Heimkehrer aus der Sowjetunion trafen am Montag in Westberlin ein. — Unten: Ein Geschenk Amerikas: die neue Kongreßhalle in Berlin. Unser Foto zeigt einen amerikanischen Entwurf. Etwas fremdartig mutet die ungewöhnliche Ellipsenform der Dachkonstruktion an.

